

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 838

Mittwoch, 01. Oktober 2025

32. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----------|
| <i>Arévalo bittet um internationale Begleitung für die Wahlen der zweiten Instanz im Jahr 2026.....</i> | <i>1</i> |
| <i>Petén: Ein Ruf von 37 Gemeinden in der Sierra de Lacandón, ihre Landrechte zu klären.....</i> | <i>2</i> |
| <i>Huehuetenango: Die Ältesten wurden in einer traditionellen Zeremonie in Iloom Patán gewählt.....</i> | <i>2</i> |
| <i>San Marcos: Wegen Opposition zu einem Staudammprojekt verurteilt.....</i> | <i>3</i> |
| <i>Krimineller Ring zerschlagen: Verhaftungen nach tödlicher Schiesserei in El Gallito, Zona 3.....</i> | <i>4</i> |
| <i>Mehrwertsteuer contra Schulspeisung: MINEDUC bittet den Kongress, Reform zu ändern.....</i> | <i>5</i> |
| <i>TSE hat 8,2 Millionen Quetzales an Parteien ausgezahlt.....</i> | <i>6</i> |

Arévalo bittet um internationale Begleitung für die Wahlen der zweiten Instanz im Jahr 2026

Guatemala, 24. September – Der guatemalteckische Präsident Bernardo Arévalo nutzte seine Rede vor der 80. Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNO), um die internationale Gemeinschaft zu bitten, Guatemala bei den Wahlen neuer Behörden im Jahr 2026 zu begleiten. Arévalo wies darauf hin, dass diese Einladung bereits als Antrag auf technische und politische Unterstützung an die strategischen Partner des Landes versendet worden sei.

„Das Jahr 2026 wird für Guatemala von entscheidender Bedeutung sein, da neue Behörden in wichtigen Kontroll- und Justizorganen gewählt werden müssen [...], weshalb wir unsere strategischen Partner offiziell um technische und politische Unterstützung gebeten haben, um sicherzustellen, dass die höchsten Standards der Legitimität eingehalten werden“, sagte er in seiner Rede.

Der Antrag steht demnach im Zusammenhang mit der Hartnäckigkeit korrupter und autoritärer Akteur*innen, die laut dem Präsidenten indigene Autoritäten wie Luis Pacheco, Journalist*innen wie Jose Rubén Zamora, Justizbeamte*innen wie Virginia Laparra und alle Personen verfolgt haben, die sich der Vereinnahmung des Staates widersetzen. Viele von ihnen seien ins Exil gezwungen oder inhaftiert worden.

In diesem Zusammenhang hat die internationale Gemeinschaft bereits das guatemalteckische Justizsystem unter die Lupe genommen. Die UN-Sonderberichterstatterin für die Unabhängigkeit von Richter*innen und Anwalt*innen, Margaret Satterthwaite, kündigte an, dass sie die Wahl des/der Präsidenten/in des Obersten Gerichtshofs (CSJ) verfolgen werde. Während ihres Besuchs in Guatemala im Mai betonte Satterthwaite, dass der/die Präsident*in des CSJ eine entscheidende Rolle spielen werde, da er/sie den Vorsitz der Nominierungskommission innehaben werde, die die Liste der sechs Kandidat*innen für das Amt des/der Generalstaatsanwalts/anwältin der Staatsanwaltschaft (MP) festlegen werde. Die Sonderberichterstatterin hat ein „systematisches, vorsätzliches und schwerwiegendes Muster“ der Rechtsverweigerung durch den instrumentellen Einsatz des Strafrechts festgestellt, was ein „konsistentes und alarmierendes Bild der Kriminalisierung“ von Aktivist*innen darstelle.

Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) kündigte am 12. September an, dass sie eine Beobachtungsmission für die verschiedenen Wahlprozesse im nächsten Jahr entsenden werde, die auf direkte Einladung der guatemalteckischen Regierung zustande gekommen sei. Arévalo erinnerte daran, dass Guatemala sieben offizielle Besuche von UN-Organisationen erhalten habe, darunter den des Hohen Kommissars für Menschenrechte und den der Sonderberichterstatterin für die Unabhängigkeit von Richter*innen und Anwalt*innen.

Guatemalas Haltung zu globalen Konflikten

In seiner Rede ging der Präsident auch auf internationale Konflikte ein und rief zu Frieden und humanitären Maßnahmen in Kriegs- und Völkermordgebieten auf. „Wir müssen alle kriegerischen Angriffe sofort einstellen und den Zugang humanitärer Hilfe in alle Kriegsgebiete gewährleisten. Wir müssen der Invasion der Ukraine, dem Krieg im Sudan und dem Leiden und Sterben der Zivilbevölkerung in Gaza ein Ende setzen. Wir fordern die sofortige und bedingungslose Freilassung der Geiseln“, erklärte er.

In Bezug auf den Konflikt zwischen Israel und Palästina bekräftigte Arévalo die seit 1947 vertretene historische Position Guatemalas, eine friedliche Lösung anzustreben, die die Existenz eines Staates für das palästinensische Volk garantiert, der in Frieden mit dem Staat Israel koexistieren kann. Bei Abstimmungen hat Guatemala jedoch differenzierte Positionen vertreten. Obwohl das Land dafür stimmte, dem palästinensischen Präsidenten zu erlauben, sich per Videoaufzeichnung an die UN-Vollversammlung zu wenden, enthielt es sich bei der Abstimmung über die New Yorker Erklärung, eine Resolution, die die Zwei-Staaten-Lösung unterstützte und einen Waffenstillstand in Gaza forderte. Die Sitzung fand vor dem Hintergrund statt, dass die Unabhängige Internationale Untersuchungskommission des UN-Menschenrechtsrats zu dem Schluss gekommen war, dass Israel im Gazastreifen Völkermord begangen hat. (Prensa Comunitaria)

Petén: Ein Ruf von 37 Gemeinden in der Sierra de Lacandón, ihre Landrechte zu klären

Petén, 25. September – Eine Delegation von 37 Gemeinden aus der Sierra de Lacandón in La Libertad und Laguna del Tigre in San Andrés, Petén, überreichte dem Privatsekretariat des Präsidenten einen Brief, in dem sie um die Anerkennung der Rechtssicherheit für das Land, auf dem sie leben, baten. Dieser wurde ebenfalls dem Ministerium für Umwelt und natürliche Ressourcen (MARN), dem Nationalen Rat für Schutzgebiete (CONAP), der Präsidentschaftskommission für Frieden und Menschenrechte (COPADEH) und der Departementsregierung von Petén übergeben.

In dem Dokument wird das Präsidentschaftsamt aufgefordert, die Menschen der Gemeinden Laguna del Tigre und Sierra de Lacandón als Rechtssubjekte anzuerkennen, die Eigentumsrechte an dem Land zu bestätigen und einen Dialog zu beginnen, um eine Lösung für das Problem zu finden. Darüber hinaus fordern sie die Achtung ihrer kollektiven Rechte, wie z.B., dass sie bei Aktivitäten, die sie unmittelbar betreffen, konsultiert werden, dass sie Zugang zu Wasser und öffentlichen Dienstleistungen sowie das Recht auf angemessenen Wohnraum erhalten.

Die Bewohner*innen sagen, dass die Gemeinden der Sierra de Lacandón und Laguna del Tigre, die aus etwa 60.000 Familien in 37 Gemeinden bestehen, seit 1989 unter Bedingungen der Unsicherheit leben, da ihnen Kriminalisierung, Vertreibung und Umsiedlung drohen. Konkret heisst es in dem von sozialen Organisationen unterzeichneten Dokument: „Heute sind wir mit einer neuen Form institutioneller Gewalt konfrontiert, die durch ein ausgrenzendes Modell des Umweltschutzes vorangetrieben wird. Das Dekret 4-89, das Gesetz über Schutzgebiete, und insbesondere dessen Artikel 82a wurden bisher stets in einer repressiven Weise angewendet und hat zu acht Vertreibungen geführt.“

Vertriebene Gemeinden

Im Jahr 2009 wurden die Gemeinden Centro Uno, Vergelito, Pollo Solo und La Colorada geräumt, 2011 Nueva Esperanza und Macabilero und am 2. Juni 2017 Laguna Larga mit mehr als 100 Familien, die sich seit dem Tag der Räumung an der Grenze zwischen Guatemala und Mexiko befinden. Die Gemeinde Laguna Larga steht unter einer Schutzklärung der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH), den diese aufgrund der Klage der Familien erlassen hatte, da diese vom guatemaltekischen Staat im Stich gelassen worden seien.

„Wir sprechen von mehr als 6.000 Menschen, die von den Räumungen betroffen sind, ohne dass der Staat eine Lösung für deren Problem anbietet. Heute bekräftigen wir erneut unsere Forderung nach Gerechtigkeit und dass die Regierung Guatemalas dieses Problem analysieren muss. Sie hat die Lösung, will sie aber einfach nicht umsetzen“, kritisierte Noé Amador, Vertreter der Gemeinden.

Ein Teil der Vernachlässigung der Gemeinden durch den Staat ist darauf zurückzuführen, dass sie in Naturschutzgebieten leben, wobei jedoch nicht berücksichtigt wird, dass sie bereits vor der Verabschiedung des Gesetzes über Schutzgebiete im Jahr 1989 dort lebten. (Prensa Comunitaria)

Huehuetenango: Die Ältesten wurden in einer traditionellen Zeremonie in Ilom Patán gewählt

Jolom Konob' / Santa Eulalia, 25. September – Am 24. September 2025 endete der traditionelle Tag der Anrufung des höchsten Wesens nach der Weltanschauung der Maya Q'anjob'al. Er ist bekannt als Ilom Patán und ist eine spirituelle Tradition der Bewohner*innen des Landkreises Jolom Konob' bzw. Santa Eulalia.

Als der heilige Q'anjob'al-Kalender den Tag „Waxaq Chinax“ (22. September) anzeigte und die Tagundnachtgleiche

des Herbstes begann, startete eine dreitägige Pilgerreise zu den heiligen Stätten an verschiedenen Orten im Norden von Huehuetenango.

Der traditionelle Älteste, Matías Francisco, und seine Frau María Antonio aus der Gemeinde Santa Cruz Barillas verabschiedeten sich von ihrem Dienst am Volk, bedankten sich für das ihnen entgegengebrachte Vertrauen und baten um Vergebung für die Fälle, in denen sie nicht allen so gerecht werden konnten, wie sie es sich gewünscht hätten. Das heilige Feuer offenbarte ihre Nachfolger*innen: Víctor Ramón und seine Frau Ana Mateo Francisco, die aus dem Dorf El Quetzal, ebenfalls im Landkreis Santa Cruz Barillas, stammen und ihre Mission ab Januar 2026 übernehmen werden.

Am ersten Tag wurden die Altäre im Zentrum der Ortschaft und ihrer Umgebung besucht; am zweiten Tag, dem „B'alon kaq“, führten die Wanderungen bis zum Dorf Nank'ultaq; und am dritten Tag „Lajon Ajaw“ endete der Weg im Dorf Paykonob', dem Ort, an dem der ersten Gründung des Dorfes gedacht wird.

An diesem Tag begaben sich die traditionellen Ältesten und Autoritäten, die Hüter*innen des spirituellen Lebens, zu den heiligen Stätten, die von Kreuzen bewacht werden, welche die Energien von Mutter Natur schützen.

Der tiefere Sinn der Pilgerreise besteht darin, die Ältesten, die Träger*innen des Jahres, zu begleiten, die spirituelle Führer*innen sind, da sie sich von den Orten verabschieden, an denen sie durch das Mandat des Kosmos ausgewählt wurden und an denen sie auf die Botschaft des heiligen Feuers warten, das die Nachfolger*innen ankündigt.

Der 24. September, das Ende der Reise, fiel mit dem Beginn des letzten Winal (Monats) des Maya-Kalenders zusammen, der aus 18 Monaten zu je 20 Tagen besteht und damit das Tun oder den Jahreszyklus vervollständigt.

Das spirituelle Autoritätssystem der Maya Q'anjob'al von Santa Eulalia ist einzigartig in seiner Art, das Leben zu feiern und den Kontakt zur Mutter Natur aufrechtzuerhalten, so wie es die Vorfahren taten, die die Bewegungen der Sonne, des Mondes und der Sterne lesen konnten, darunter die Sternbilder Heb' cham Oxwan, Heb' cham Motz und Cham Uk'om Kapay.

Am Ende führen sie zum Klang der Marimba-Musik einen Ahnen-Tanz auf, begleitet von der Prinzessin Rosalinda Juan Mateo und der Enkelin Lunita Aquetzali Baltazar Nicolás. Anschliessend bot eine Familie aus der Gemeinde allen Anwesenden einen Imbiss an und bekräftigte damit den Wert des Zusammenlebens und der Gegenseitigkeit als Erbe der Grosseltern. (Prensa Comunitaria)

San Marcos: Wegen Opposition zu einem Staudammprojekt verurteilt

San Marcos, 24. September - Ein Strafverfahren, das vor mehr als zehn Jahren gegen den Gemeindevorsteher Duarle Licardie eingeleitet worden war, endete mit einer einjährigen Haftstrafe wegen Anstiftung zu Straftaten, die von einer Richterin in San Marcos verhängt wurde.

Seit 2014 wurde in San Pablo, einer Gemeinde im Hochland von Marquense, 289 Kilometer von der guatemalteckischen Hauptstadt entfernt, die Kriminalisierung von Licardie vorangetrieben, einem Gemeindevorsteher, der sich zusammen mit anderen Einwohner*innen gegen den Bau von Wasserkraftwerken in ihrer Region wehrte.

Zu dieser Zeit richtete sich deren Widerstand insbesondere gegen den Bau des Wasserkraftwerks Tres Ríos, für dessen Betrieb nach Ansicht der Anwohner*innen Flüsse umgeleitet werden sollten. Während des Widerstands hielten die Anwohner*innen unter der Führung von Licardie laut Staatsanwaltschaft (MP) einige Arbeiter*innen von Energuate, S.A., einem Stromversorgungsunternehmen, fest, die zur Ausführung von Arbeiten an den Ort gekommen waren.

Am 23. September verurteilte Richterin Rosa Almengor vom Strafgericht für Drogenkriminalität und Umweltdelikte in San Marcos das Gemeindevorsteher wegen Anstiftung zu einer Straftat zu einer einjährigen Freiheitsstrafe, die gegen eine tägliche Geldstrafe von 5 Quetzales (0,55 €) ausgesetzt werden kann. Zusätzlich zu dieser Strafe muss Licardie 3.000 Quetzales (= 330 €) als Geldstrafe an zwei gemeinnützige Organisationen zahlen, die sich für Kinder im Departement San Marcos einsetzen.

Die Anschuldigungen, die gegen Licardie vorgebracht wurden

Die Staatsanwaltschaft warf dem Gemeindevorsteher mehrere Straftaten vor und legte zwei Ermittlungsakten gegen ihn an. Der 59-jährige Gemeindevorsteher aus der Gemeinde San Pablo wurde am 1. Dezember 2016 von der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (Interpol) in Mexiko-Stadt festgenommen und in die Hauptstadt Guatemalas überführt. Zu diesem Zeitpunkt wurde er wegen Gefährdung der Sicherheit öffentlicher Versorgungsdienste, Gefährdung der inneren Sicherheit des Landes und Freiheitsberaubung unter erschwerenden Umständen angeklagt und vor Gericht gestellt.

Am 24. März 2017 fügte die Staatsanwaltschaft jedoch das Delikt der Anstiftung zu Straftaten hinzu, das einzige Delikt, für das er nun verurteilt wurde, da die anderen Vorwürfe im Laufe dieser zehn Jahre entkräftet werden konnten.

Ein weiteres Verfahren betraf den Fall des Wasserkraftprojekts Hidro Salá, S.A. In diesem Verfahren wurde er wegen Entführung, illegaler Vereinigung und Begünstigung festgenommen. In diesem Fall erklärte ein Richter in der Verhandlung vom 29. Dezember 2016 die Klage für unbegründet.

Die Beweislage

Während der Verhandlung wies die Richterin darauf hin, dass eines der gegen den Gemeindevorsteher zugelassenen Beweismittel die Aussage eines Polizisten war, der während der Operation anwesend war, sowie die Aussage einer Verkäuferin aus der Gegend.

Der Polizist, der als Zeuge in dem Fall auftrat, berichtete unter anderem, dass Licardie zusammen mit anderen Personen am 27. September 2014 gegen 9:00 Uhr morgens einige Arbeiter*innen von Energuate, S.A. festhielt, die gekommen waren, um Arbeiten in der Gemeinde durchzuführen. Sie fesselten sie und brachten sie ins Zentrum der Ortschaft, wo der Polizist berichtete, dass der Beschuldigte „die Menschen aufwiegelte“. Ausserdem wies die Richterin darauf hin, dass eine Frau, die als Verkäuferin tätig war, beobachtete, wie Licardie während der Polizeiaktion, die zur Befreiung der Mitarbeitenden des Unternehmens durchgeführt wurde, die Bevölkerung anführte.

Ein weiterer Beweis, der laut Justiz Beweiskraft hatte, war die Aussage eines Gemeindeglieds, das angab, dass sie während der Zeit, in der sich die Ereignisse ereigneten, Widerstand gegen den Bau der Wasserkraftwerke geleistet hätten. Die Richterin wies darauf hin, dass diese Aussage die Aussage des Polizisten bezüglich der Führungsrolle von Licardie untermauerte.

Anwältin: Kriminalisiert wegen der Verteidigung ihres Landes

Die Anwältin Diana Vivar von der Menschenrechtskanzlei, die den Fall Licardie begleitet hat, verweist auf die mehr als 10 Jahre, die dieses Gerichtsverfahren gedauert habe. „Duarle Licardie wurde wegen seines Kampfes und seiner Verteidigung seines Territoriums in San Pablo kriminalisiert. Diese Debatte wurde tatsächlich mit Beweisen geführt, die die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft nicht stützten“, betonte sie. Vivar versichert, dass nur einem Zeugen Beweiskraft beigemessen wurde, obwohl dieser „sich widersprach und dessen Voreingenommenheit offensichtlich war“. Ausserdem gebe es Zeugenaussagen, die die Verteidigung des Angeklagten vorbrachte und die die Anschuldigungen der Staatsanwaltschaft widerlegten: „Sie wiesen darauf hin, dass Duarle Licardie sich am Tag der Ereignisse stets friedlich verhalten und zur Ruhe aufgerufen habe. Das heutige Urteil der Richterin ist unbegründet, da sie die damaligen Aussagen in gewisser Weise verdreht hat. Nach der heutigen Verlesung wurden zu keinem Zeitpunkt die angeblichen Handlungen von Licardie erwähnt, sondern lediglich auf eine Demonstration hingewiesen, ohne jedoch ein Verhalten zu individualisieren, das zu einer Straftat geführt hätte, geschweige denn zu einer Anstiftung zu einer Straftat“, erklärte Vivar. Die Anwältin führte aus, dass weitere Rechtsmittel in diesem Fall geprüft würden, da sie der Ansicht sei, dass das Urteil nicht durch die Fakten gestützt werde.

Der Angeklagte: „Es handelt sich um eine Kriminalisierung des Widerstands der Gemeinde.“

Vor Abschluss der mündlichen und öffentlichen Verhandlung und nach Bekanntgabe des Urteils erklärte Licardie, dass er die Entscheidung der Richterin respektiere, aber dennoch der Ansicht sei, dass er keine Straftat begangen habe.

„Dies ist nicht nur eine Kriminalisierung gegen mich, sondern gegen die gesamte Gemeinde San Pablo und San Marcos“, erklärte er. „Dieser Fall zieht sich schon seit 10 Jahren hin. Es ist eine lange Geschichte, die fast bis ins Jahr 2002 zurückreicht, als das Unternehmen Tres Ríos Flüsse umleiten wollte, um dort in San Pablo, San Marcos, ein Grossprojekt zu realisieren. Dieses teilte sich später in drei Unternehmen auf. Dieser spezielle Fall betrifft Hidro Salá, S.A. auf der Finca Argentina“, sagte Licardie. Es handele sich also um eine Kriminalisierung wegen des Widerstandes. „Es war nicht so, dass wir prinzipiell gegen alle Wasserkraftwerke gewehrt hätten, es war die Art und Weise, wie diese Unternehmen es durchziehen wollten. Wir sind mit den kommunalen Wasserkraftwerken einverstanden“, betont er.

Licardie war zum Zeitpunkt der Ereignisse Mitglied des Gemeinderats für Entwicklung (COCODE) des Stadtgebiets, versichert jedoch, dass er zu keinem Zeitpunkt die ihm vorgeworfenen Straftaten begangen habe: „Wir haben wirklich immer friedlich demonstriert, nur die Staatsanwaltschaft und die Unternehmen, denn es sind zwei, haben uns kriminalisiert“, beklagt er. (Prensa Comunitaria)

Krimineller Ring zerschlagen: Verhaftungen nach tödlicher Schiesserei in El Gallito, Zona 3

Guatemala, 25. September - Am 24. September kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen der Nationalen Zivilpolizei (PNC) und mutmasslichen Auftragskillern der kriminellen Vereinigung Los Caradura in der Avenida Elena im Stadtteil El Gallito, Zona 3. Die Bilanz der Schiesserei: ein toter Polizist und zwei mutmassliche Straftäter. Der getötete Beamte wurde als Cleofas Valery Ortega Guzmán identifiziert, der durch Schüsse verletzt wurde und wenige Stunden später in einem Krankenhaus starb.

Minuten nach dem bewaffneten Angriff startete die PNC eine Operation, an der auch Spezialeinheiten beteiligt waren. Dabei drangen sie in das Viertel El Gallito ein und nahmen 14 Personen fest, ausserdem wurden drei Minderjährige einem Richter vorgeführt. Die Unterabteilung für Kriminalermittlungen (SGIC) der PNC teilte mit, dass 10 der 14 Festgenommenen wegen verschiedener Straftaten vorbestraft waren. Nur gegen einen von ihnen lag ein gültiger Haftbefehl vor, die anderen neun wurden auf frischer Tat festgenommen.

Festgenommene und ihre Vorstrafen

- Pedro O., 26 Jahre alt: Haftbefehl wegen Mordes, Verschwörung zum Mord, Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und erpresserischer Verkehrsbehinderung, alles im Jahr 2025. Er hat ausserdem eine Vorstrafe wegen Förderung oder Anstiftung zum Drogenkonsum aus dem Jahr 2019.
- Dercy C., 37 Jahre alt: Vorstrafen wegen Mordes und schwerer Körperverletzung (2005), Verschwörung (2007), illegalem Waffenbesitz (2006 und 2014), Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (2010) und Besitzes von Drogen zum Eigenkonsum (2012 und 2013).
- Edison T., 24 Jahre alt: Mord (2008), zwei Vorstrafen im Jahr 2022 und zwei weitere im Jahr 2024.
- Kevin C., 31 Jahre alt: schwerer Diebstahl und illegaler Waffenbesitz (2015).
- Jhonny G., 35 Jahre alt: zwei Vorstrafen im Jahr 2016 und zwei weitere im Jahr 2024.
- Brayan C., 36 Jahre alt: Mord (2008).
- María M., 41 Jahre alt: Sonderfall von Betrug (2024).
- Heber D., 26 Jahre alt: zwei Vorstrafen im Jahr 2024.
- Brandon A., 29 Jahre alt: kriminelle Vereinigung (2017).
- Roberto L., 23 Jahre alt: bekannt als El Oscuro, mit Vorstrafe wegen Verstoßes gegen die Ausgangssperre (2020).

Der Generaldirektor der PNC, David Estuardo Custodio Boteo, bedauerte den Tod des Beamten und teilte mit, dass während der Operationen Waffen, Munition, Drogen und sogar Zielfernrohre beschlagnahmt worden seien. Er wies darauf hin, dass einige der Festgenommenen kugelsichere Westen trugen und dass mit dieser Operation eine „bedeutende“ kriminelle Struktur zerschlagen worden sei. Einer der getöteten mutmasslichen Auftragsmörder trug eine kugelsichere Weste, eine Pistole und ein Gewehr.

Beschlagnahmte Waffen

Zwei AR-15-Gewehre vom Kaliber 5,56 mm; eine Maschinenpistole; 14 Karabiner vom Kaliber .223 (entspricht 5,56 mm); zwei Schrotflinten vom Kaliber 12; zehn Pistolen vom Kaliber 9 mm; zwei Schalldämpfer; 40 Gewehr Magazine; zwei Pistolen Magazine; 1.057 Munitionseinheiten verschiedener Kaliber (Zählung läuft noch)

Weitere beschlagnahmte Gegenstände

Fünf Fahrzeuge; ein Motorrad; ein Reflexvisier; vier tragbare Funkgeräte; 13 kugelsichere Westen; 18 Mobiltelefone; eine Geldzählmaschine; 160 Kokainbeutel, 165 Kokain-Kapseln, 875 Crack-Steine (Prensa Libre)

Mehrwertsteuer contra Schulspeisung: MINEDUC bittet den Kongress, Reform zu ändern

Guatemala, 26. September - Das Bildungsministerium (MINEDUC) forderte die Abgeordneten des Kongresses auf, die Bestimmungen des Dekrets 31-2024, des Viehzuchtgesetzes, über die Reform der Mehrwertsteuer (IVA) aufgrund der Auswirkungen auf die Einkäufe des Schülernährungsprogramms aufzuheben. Die Bestimmung sieht vor, dass das MINEDUC die Mehrwertsteuer auf Lebensmittelkäufe, die von Elternorganisationen (OPF) getätigt werden, zum Zeitpunkt der Überweisung der Mittel einbehalten muss.

In einem Artikel der Zeitung La Hora wird berichtet, dass diese im November 2024 verabschiedete Massnahme in der Praxis zu einer Kürzung der Mittel für die Verpflegung von mehr als 3,1 Millionen Schüler*innen des öffentlichen Schulsystems um 336,8 Mio. Q (=37 Mio. €) pro Jahr führen könnte. „Um die Umsetzung zu beschleunigen und sicherzustellen, dass die OPF den gesamten Betrag der Überweisungen erhalten, bittet das Ministerium die Abgeordneten des Kongresses respektvoll, die Aufhebung dieser Bestimmung zu prüfen“, heisst es in einer Veröffentlichung des MINEDUC vom 26. September.

Nach Inkrafttreten dieses Dekrets, dem Gesetz zur Integration des primären Produktionssektors und der Landwirtschaft Guatemalas, wurde dem Mehrwertsteuergesetz durch Artikel 8A die Bestimmung zur Einbehaltung der Mehrwertsteuer hinzugefügt, obwohl diese im Falle des Viehzuchtgesetzes in Artikel 13 festgelegt ist.

Das Bildungsministerium unter der Leitung von Anabella Giracca bestätigte, dass diese Änderung dazu führt, dass ein Teil des Budgets als Mehrwertsteuer einbehalten werden muss, sodass „Schüler*innen der Vor- und Grundschule, die täglich 6 Q (0,66 €) erhalten, nun nur noch 5,36 Q (= 0,59 €) bekommen. In der Unter- und Mittelstufe sinkt der Betrag von 4 Q (= 0,44 €) auf 3,57 Q (= 0,39 €)“, erklärte das Ministerium in einer offiziellen Antwort an La Hora.

Das Ministerium warnt, dass sich die Kürzung direkt auf die Qualität der Speisepläne auswirkt: „Die Einbehaltung hat Auswirkungen auf die Qualität der Ernährung und den Nährwert der Mahlzeiten für die Schüler*innen, da dadurch weniger Produkte für die Umsetzung des Programms gekauft werden können“, betonte das Ministerium. (La Hora)

TSE hat 8,2 Millionen Quetzales an Parteien ausgezahlt

Guatemala, 27. September - Die Finanzabteilung des Obersten Wahlgerichts (TSE) gab am Freitag, dem 26. September, bekannt, dass neun politische Parteien öffentliche Mittel erhalten haben, die der Staat für die Anzahl der bei den Parlamentswahlen 2023 abgegebenen Stimmen gewährt. Laut einem Bericht der Finanzabteilung des TSE werden insgesamt 18 Parteien Geldmittel erhalten, nachdem sie bei den letzten Wahlen mehr als 5 % der Stimmen erreicht haben.

Aus dem Dokument geht hervor, dass insgesamt 17.608.670,98 Q an öffentlichen Mitteln für politische Organisationen ausgezahlt werden, jedoch haben neun Gruppierungen noch keine Unterlagen für die Auszahlung eingereicht.

Bis zum 9. September hatte die TSE 8.243.117,07 Q an Geldmittel ausgezahlt.

Dies sind die auf- oder abgerundeten Beträge, die die politischen Parteien erhalten haben: UNE: 3,4 Mio. Q, CABAL: 1,4 Mio. Q, VALOR: 1,1 Mio. Q, UNIONISTA: 281.400 Q, BIEN: 545.500 Q, NOSOTROS: 506.100 Q, AZUL: 378.460 Q, ELEFANTE: 366.800 Q, CAMBIO: 198.700 Q.

Dies ist der Betrag, den die Parteien erhalten werden, die noch keine Unterlagen für die Zahlung der öffentlichen Schulden eingereicht haben: SEMILLA: 2,5 Mio. Q, VAMOS: 2,4 Mio. Q, VIVA: 1,5 Mio. Q, VOS: 909.000 Q, VICTORIA: 529.000 Q, URNG und WINAQ: je 257.400 Q, TODOS: 648.000 Q, CREO: 326.000 Q. (*€-Beträge: geteilt durch 9*)

Parteienfinanzierung

Artikel 21 des Gesetzes über Wahlen und die Politischen Parteien (LEEP) enthält den „Abschnitt über die öffentliche Finanzierung für die alltäglichen Aktivitäten der politischen Organisationen“. Dieser besagt, dass der Staat zur Finanzierung der Parteien einen Beitrag in Höhe des Gegenwerts von zwei Dollar in Quetzales pro rechtmäßig abgegebener Stimme zugunsten dieser Partei leistet. Die Wahlordnung betont jedoch, dass dieser Betrag nur an politische Parteien ausgezahlt wird, die mehr als 5 % der abgegebenen Stimmen erhalten haben.

Jene Parteien, die weniger als 5 % der Stimmen erhalten haben, etwa die Partido de Avanzada Nacional (PAN), PODEMOS, HUMANISTA, MI FAMILIA, Partido Popular Guatemalteco, Partido de Integración Nacional, Unión República und die FCN-Nación), bekommen keine politische Finanzierung.

Ebenso kann die Partei, die Bernardo Arévalo ins Präsidentenamt gebracht hat, die Bewegung SEMILLA, aufgrund des Strafverfahrens gegen die politische Gruppierung derzeit keine politische Finanzierung erhalten, weshalb der siebte Strafrichter, Fredy Orellana, beschlossen hat, die Rechtspersönlichkeit der Organisation aufzuheben.

Im vergangenen Mai versicherte die amtierende Präsidentin des TSE, Blanca Alfaro, dass „es einen Vermerk über die Auflösung der Partei gebe, den man berücksichtigen müsse. Andererseits handelt es sich um erworbene Rechte und die staatliche Leistung wird über die Wählerstimmen legitimiert. Dennoch können sie diese nicht einfordern, denn der Generalsekretär dieser Partei ist der verfassungsmäßige Präsident der Republik, und die stellvertretende Sekretärin, möge sie in Frieden ruhen, war die Abgeordnete [*und ehemalige Gesundheitsministerin, d. Red.*] Lucrecia Mack (+2023). Die Partei hat es also schwer, denn um diese Rechte einzufordern oder geltend zu machen, muss das CEN (Nationales Exekutivkomitee) einbezogen werden“. (La Hora)

Fazit der Redaktion: Das würde dann bedeuten, dass SEMILLA die oben genannten 2,5 Mio. Q vermutlich nicht erhalten kann.

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion: fijate@mail.de

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnement: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle Abonent*innen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6